

Die für Klimaschutz und Infrastruktur zuständige Ministerin, Leonore Gewessler, hat als einen der vielen Gründe für den abgesagten Bau des Wiener Lobau-Tunnels angeführt, dass Tunnelbau zu den klimaschädlichsten Aktivitäten gehört. Da hat die Ministerin zweifellos recht: Für die Tunneln werden ungeheure Mengen an Stahlbeton benötigt.

Sowohl Zement als auch Stahl werden unter sehr hohem Energieeinsatz erzeugt. Mit entsprechendem CO₂-Abdruck. Die Zementindustrie allein ist für acht Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich, belastet das Klima also fast dreimal so stark wie der globale Flugverkehr.

Wie sich das auswirkt, hat eine ziemlich genau vor einem Jahr veröffentlichte Berliner Studie gezeigt,

BILANZ



VON JOSEF URSCHITZ

die die Klimabelastung durch den Bau geplanter U-Bahn-Strecken der Klimaentlastung durch den prognostizierten Fahrgäste-Umstieg in die Metro gegenübergestellt hat. Ergebnis: Um den durch den Bau verursachten CO₂-Ausstoß zu kompensieren, wird es in Berlin – je nach Neubaustrecke – 109 bis 230 Jahre dauern. Im Schnitt werden es 139 Jahre sein. Erst danach wird die Klimabilanz positiv.

Die Studie ist übrigens, bevor der Vorwurf kommt, nicht von Benzinbrüdern oder Betonköpfen erstellt worden. Mitautor ist unter anderem der Sprecher der Berliner grünen Arbeitsgemeinschaft Mobilität. Die darin getroffene Aussage, dass U-Bahnen in Tunnellage das Klimaproblem nicht lösen, sondern verschärfen, ist also ideologisch unverdächtig.

Wenn es stimmt, dass wir zur Klimastabilisierung nicht mehr Jahrhunderte, sondern höchstens ein, zwei Jahrzehnte zur Verfügung haben, dann ist U-Bahn-Bau also das genaue Gegenteil von Klimaschutz. Weil er kurzfristig den CO₂-Eintrag in die Atmosphäre sehr stark erhöht. Viel stärker jedenfalls, als sich durch den zweifellos klimafreundlichen Betrieb von elektrifizierten Bahnen auf Sicht kompensieren ließe.

Dasselbe gilt natürlich auch für Bahntunnel. Die Milliarden, die in den kommenden Jahren in große Bahntunnel verbaut werden, hat Gewessler neulich im Parlament aber als Beitrag zum Klimaschutz gewürdigt.

Durch den Lobau-Tunnel in die Ökostromlücke

Klima. Wenn die Klimawende funktionieren soll, muss Vernunft die Ideologie ablösen und ganzheitliches Denken den Polit-Aktivismus.



Tunnelbau gilt wegen der großen Mengen an eingesetztem Stahlbeton als extrem klimaschädlich.

[Eduard Andras/Getty Images]

Also: Straßentunnel ist gleich Umweltverbrechen, ein im selben Verfahren vorantriebener Bahntunnel ist hingegen Klimaschutz. Wer Umweltdiskussion so betreibt, hat eigentlich jeden Anspruch auf Seriosität verloren. Leider ist dieser ideologiegetriebene Ansatz aber zunehmend Mainstream in der teils mit religiösem Eifer geführten Diskussion.

Nur zur Klarstellung: Das ist kein Plädoyer gegen den Infrastrukturausbau. Auch keines gegen den Ausbau der Bahn. Im Gegenteil: Der Langstrecken-Güterverkehr gehört in einem vernünftigen Verkehrssystem ebenso auf die Bahn wie der Mittelstrecken-Personenverkehr. Die Distanzen zwischen den Ballungszentren sind dafür in Europa ideal.

Man muss aber sagen, was Sache ist: Infrastruktur ist klimafreundlich nicht zu schaffen, egal, ob auf Straße oder Schiene. Um die dabei entstehende Belastung zu rechtfertigen, müssen also gleichzeitig die Systeme im Hintergrund optimiert werden. Davon ist Europa im Bahnbereich Lichtjahre

entfernt. Statt mit ideologischen Versatzstücken à la „Straße schlecht, Bahn gut“ herumzuwerfen, würde es der Infrastrukturministerin nicht schlecht anstehen, auf europäischer Ebene stärker für ein wirklich europäisches Bahnsystem mit funktionierenden transeuropäischen Netzen zu lobbyieren. Das gehört nämlich auch zu ihren Aufgaben. Dann wären auch klimafeindliche Milliardeninvestitionen in Tunnel-Infrastruktur gerechtfertigt.

Das wäre ein rationaler Zugang. Rationalität ist aber etwas, das in der Klimadiskussion regelmäßig der Ideologie zum Opfer fällt. Ein schönes Beispiel liefert immer wieder die deutsche Energiewende. Dort werden ja Kernkraftwerke kurzfristig abgeschaltet. Und die Stilllegung des letzten Kohlekraftwerks soll auf 2030 vorgezogen werden.

Ist das ein Problem? Im Sommer nicht, denn die Sonne- und Windkapazitäten werden ja parallel stark ausgebaut. Und im Winter? Dazu hat der in Energiefragen

angesehene Thinktank Agora Energiewende ein interessantes Simulationsmodell („Agorameter“) entwickelt, das die Deckung des Strombedarfs anhand des erwarteten Ökostromzubaus und der prognostizierten Verbrauchszunahme auf Basis der derzeitigen Wetterdaten ermittelt.

Also: Wenn am 15. Dezember 2030 ähnliches Wetter wie am 15. Dezember 2021 herrscht, dann werden die Deutschen etwa um

16 Uhr rund 101 Gigawatt (GW) Leistung abrufen. Davon entfallen rund 38 GW auf Wind, PV und Biomasse. Sollte zu dem Zeitpunkt kein konventionelles Kraftwerk mehr in Betrieb sein, dann wird die sogenannte Residuallast bei 63 GW liegen. Das ist, in „plain german“, die Lücke zwischen Ökostromerzeugung und Bedarf.

Wie will man das decken? Kein Problem, sagen die Agora-Experten: durch Speicher, Importe, Lastflexibilität und mit grünem Wasserstoff betriebene Gaskraftwerke.

Ja, eh. Nur: 63 GW entsprechen ziemlich genau der Leistung aller französischen Kernkraftwerke. Ein bisschen Strom werden die Franzosen aber selbst auch brauchen. Und: Mit grünem Wasserstoff betriebene Gaskraftwerke sind großtechnisch Zukunftsmusik. Pumpspeicher (derzeit 9,4 GW installierte Leistung) sind nicht beliebig ausbaubar und Batteriespeicher sind, nicht nur aus Kostengründen, in diesem Maßstab wohl ebenfalls nur schöne Träume.

Der derzeit größte Batteriespeicher der Welt schafft 0,2 GW – und ist bei dieser Leistungsabgabe nach vier Stunden leer. Der derzeit größte deutsche Batteriespeicher leistet 0,05 GW – ziemlich genau eine Stunde lang.

Kann sein, dass diese Probleme bis 2030 keine mehr sind. Genauso gut könnte man freilich annehmen, dass bis dahin die Atom-Endlagerproblematik gelöst ist. Kann aber auch sein, dass das in neun Jahren nicht machbar ist. Was dann? „Lastflexibilität“, also die vorübergehende Nichtbelieferung von Industrie, Gewerbe und Privathaushalten? In einer der führenden Industrienationen?

Da versucht Politik wieder einmal, über Physik zu triumphieren. Das funktioniert nicht. Wenn die Klimawende nicht im Fiasko enden soll, dann muss endlich Vernunft die Ideologie und ganzheitliches Denken politischen Aktivismus ablösen. Es ist wirklich ernst.

E-Mails an: josef.urschitz@diepresse.com

Endet die Senkung der Umsatzsteuer?

Steuerpolitik. Ökonomen plädieren dafür, dass die Absenkung der Umsatzsteuer für Gastronomie und Hotellerie ausläuft. Die Wirtschaftskammer sieht das anders.

Wien. Bald kommt der Jahreswechsel, und nach dem bisherigen Plan der Bundesregierung soll dann die temporäre Absenkung der Umsatzsteuer von zehn auf fünf Prozent in der Gastronomie und Hotellerie enden. Geht es nach dem Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts, Gabriel Felbermayr, und einigen anderen Ökonomen soll die temporäre Absenkung wie geplant beendet werden. Mario Pulker, Spartenobmann Gastronomie in der Wirtschaftskammer, setzt sich hingegen vehement für die Beibehaltung ein.

Mittlerweile fordert die Wirtschaftskammer sogar, dass die temporäre Senkung der Umsatzsteuer auch auf andere Branchen ausgeweitet wird, die ebenfalls in den Lockdowns ihre Geschäfte schließen mussten. Die Rede ist etwa von Friseuren, Fußpflegern,

Kosmetikern, Nagelstudios, Massseuren und natürlich auch von Piercern und Tätowierern.

Ganz anders sehen das die führenden Ökonomen und Ökonomeninnen im Land. Felbermayr, Monika Köppl-Turyna (Eco Austria), Lars Feld (IHS), Christoph Badelt (Fiskalrat) und Tobias Thomas (Statistik Austria) brachten bei einem Treffen mit Finanzminister Magnus Brunner klar zum Ausdruck, dass die Regelung Ende des Jahres wie geplant auslaufen soll. Auf Twitter argumentierte Felbermayr, dass die Absenkung in der Krise „wenig Effekt“ habe: Die Entlastung sei schwach, wenn die Umsätze gerade gering seien. Bekanntlich herrschte bzw. herrscht in der Gastronomie und Hotellerie derzeit noch ein Lockdown – das bedeutet viel weniger Umsatz.

Und genau daher sind die Branchenstimmen laut, die Hilfe doch beizubehalten wenn man endlich wieder Umsatz generieren dürfe, da kein Lockdown herrscht. Felbermayr erwartet nach dem Lockdown hingegen eine „starke Nachfrage“, wodurch die „Gastrobranche die Umsatzsteuer-Anpassung gut weitergeben kann“.

Gibt „zielgerichtete Hilfen“

Mit dem Ausfallsbonus und weiteren Hilfen stehen aus Sicht des Ökonomen aber „andere, zielgerichtete und billigere Hilfen“ bereit.

„Wer Pleiten verhindern will, muss uns die Chance geben, im nächsten Jahr noch von den fünf Prozent Umsatzsteuer profitieren zu können“, forderte hingegen der Wiener Kaffeesieder-Obmann Wolfgang Binder. (APA)

Die Kurstadt Baden ist Teil des transnationalen seriellen UNESCO Welterbes „Great Spa Towns of Europe“ (nachstehend GSTE abgekürzt).

Nunmehr gelangt bei der Stadtgemeinde Baden die Stelle des

Lokalen Sitemanagers (m/w/d)

zur Besetzung.

Ihnen obliegt die Leitung des lokalen Sitemanagements GSTE Baden bei Wien.

Aufgaben:

- Wesentlicher Schwerpunkt ist die Umsetzung des Lokalen Managementplans GSTE-Baden bei Wien
- Fachliche und organisatorische Begleitung der Gremien des Lokalen Welterbemanagements
- Fachliche Aufbereitung und Recherche der in der Lokalen Steuerungsgruppe zu besprechenden Fragestellungen
- Konzeption, Finanzierung und Umsetzung von Projekten zum Schutz und zur Vermittlung des Welterbes GSTE in Baden bei Wien, insbesondere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in das Welterbe Management
- Teilnahme an den Programmen der GSTE-Site Manager im Rahmen des General Site Managements. (Regelmäßige Auslandsaufenthalte in den GSTE Staaten und –Städten sind erforderlich)
- Teilnahme an den nationalen und internationalen Netzwerken, laufender Kontakt mit für das Welterbe relevanten Stellen, insbesondere Kontaktpflege mit einschlägigen Forschungs- und Bildungseinrichtungen, national und international
- Mitarbeit an den Welterbe-Monitoring Prozeduren und Berichten der GSTE

Profil:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium, idealerweise Architektur, Architekturgeschichte oder Kunstgeschichte sowie idealerweise ergänzende Ausbildung oder akademische Laufbahn mit dem Schwerpunkt UNESCO-Welterbe im In- oder Ausland
- Mehrjährige operative Erfahrung mit UNESCO Welterbe bzw. gute Kenntnisse im Bereich des UNESCO Welterbe Programms
- Erfahrung mit der Organisation und Verwaltung von mit einem Sitemanagement vergleichbaren Einrichtungen
- Erfahrung in der Organisation und Betreuung von Netzwerken
- Hohe Kommunikationsbereitschaft
- Ausgezeichnete Deutsch- und Englischkenntnisse
- Idealerweise Kenntnisse weiterer Sprachen der GSTE (Französisch, Italienisch und/oder Tschechisch)

Auf das Dienstverhältnis finden die Bestimmungen des NÖ Gemeinde-Vertragsdienstengesetzes Anwendung.

Erforderliche Nachweise:

Lebenslauf, Ausbildungs- und Verwendungszeugnisse, Passbild, Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis und Strafrechtsbescheinigung

Ihre aussagekräftige Bewerbung, in der Sie die Gründe für die Eignung für diese Position anführen, senden Sie bitte per E-Mail - **einlangend bis längstens 31. Jänner 2022** - unter Beilage der entsprechenden Nachweise an die Stadtgemeinde Baden, Personalabteilung, Hr. Bernd Jäger, MA, Hauptplatz 1, 2500 Baden, E-Mail: bernd.jaeger@baden.gv.at.